

Antrag Nr. 20

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 170. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 17. Juni 2021

SCHAFFUNG EINER KRISENFESTEN NATIONALEN STRUKTUR ZUR NACHHALTIGEN SICHERSTELLUNG DER VERFÜGBARKEIT UND VERABREICHUNG KÜNFTIG NOTWENDIGER MEDIKAMENTE, MEDIZINPRODUKTE UND SOZIALER DIENSTLEISTUNGEN

Die Tatsache, dass Österreich in den letzten Jahrzehnten von Epidemien und Pandemien weitestgehend verschont geblieben ist, hat offensichtlich dazu geführt, dass dem Thema Öffentlicher Gesundheitsdienst und Seuchenschutz wenig politische, wirtschaftliche und medizinische Bedeutung zugemessen wurde.

Der politische Fokus und auch das Interesse der Pharmaindustrie lagen in Österreich eindeutig auf nicht ansteckenden Erkrankungen, den sogenannten Zivilisationserkrankungen. Überdies wurde ein nicht unerheblicher Teil der globalen biomedizinischen Forschungsausgaben in Krebserkrankungen investiert, deutlich weniger in Immunologie und Infektiologie.

Angesichts dieses mangelnden politischen und wirtschaftlichen Interesses an übertragbaren Krankheiten kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die 2005/2006 aus dem Stand entwickelten (und unvollständigen) Pandemiepläne rund um die damals befürchtete Vogelgrippe-Pandemie in den letzten 15 Jahren nicht einmal ansatzweise weiterentwickelt wurden.

Sind die nationalen Grenzen jedoch plötzlich geschlossen, besteht die Gefahr, dass weder Medikamente, Medizin- und andere notwendige Produkte importiert und ausländische Hausbetreuer*innen oder Pflegekräfte ihre Leistungen in Österreich erbringen können.

Erst kürzlich konnte Österreich einen totalen Stromausfall gerade noch abwenden. Im Sinne der nationalen Versorgungssicherheit verlässt sich Österreich immer stärker auf Strom von Atom- und Kohlekraftwerken der Nachbarländer.

Hier zeigt sich der Grad der Vernetzung unterschiedlicher Sektoren, denn auch die Gesundheitsversorgung ist zunehmend vom Funktionieren elektrisch betriebener Informations- und Kommunikationstechnologien abhängig.

Der Aufbau einer krisenfesten kritischen Infrastruktur ist ein Vorhaben, das etwa im Bereich der pharmazeutischen Produkte Vorlaufzeiten von 5 bis zu 10 Jahren brauchen kann. In einer globalisierten Wirtschaft sind auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weitere pandemische Krisen zu erwarten. Es darf keine Zeit verloren werden, systematisch an der Stärkung der nationalen Selbstversorgung zu arbeiten.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher:

eine öffentliche Diskussion der bisherigen einschlägigen Forschungsergebnisse und Empfehlungen zu führen und



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

auf Grundlage einer aktuellen Analyse des Selbstversorgungsgrads Österreichs im Bereich der kritischen Infrastruktur und lebensnotwendiger Güter auf Basis der Corona-Erfahrungen klare Versorgungsziele und Maßnahmen im Rahmen eines Resilienzplans unter Einbeziehung der Sozialpartner zu erarbeiten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich